In der Senatssitzung am 26. Januar 2021 beschlossene Fassung

Senator für Inneres

Bremen, 21.01.2021

Frage 18 L

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 26.01.2021

„**Polizisten besser vor Gewalttaten schützen –**
Taser endlich einführen!“
(Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Der Abgeordnete Timke (BIW) hat folgende Anfrage gestellt:

Ich frage den Senat:

1. Wann wird der Senat der Deputation für Inneres die Ergebnisse des in Bremerhaven durchgeführten, versuchsweisen Einsatzes von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG)/Tasern vorlegen, die spätestens seit November 2020 vorliegen?

2. Welche Kosten sind infolge der Verlängerung der ursprünglich auf 12 Monate befristeten Testphase entstanden und aus welchen Budgets werden diese Kosten gedeckt?

3. Trifft es zu, dass es innerhalb des Senats eine Kontroverse über die Ausstattung der Bremer Polizei mit dem Taser gibt, dessen Einführung vor allem vom Koalitionspartner DIE LINKE abgelehnt wird?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1

Die Ergebnisse des in Bremerhaven durchgeführten Probelaufs werden Teil einer umfassenden Entscheidungsvorlage für die staatliche Deputation für Inneres im ersten Quartal 2021 sein.

Zu Frage 2

Im Verlängerungszeitraum sind Personalkosten durch vier intern durchgeführte Grundbeschulungen mit 28 Beschäftigten innerhalb der Ortspolizeibehörde Bremerhaven entstanden,

bei denen Trainingsmunition in Höhe von ca. 2.600 Euro verbraucht wurde. Die Kosten wurden innerhalb des Haushalts der Ortspolizeibehörde Bremerhaven finanziert.

Zu Frage 3

Die Ausstattung der beiden Polizeibehörden mit Distanz-Elektroimpulsgeräten wurde bisher im Senat nicht behandelt.

C. Alternativen
Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Zu den finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen. Von den zum Führen des Distanz-Elektroimpulsgerätes berechtigten Beschäftigten in der Ortspolizeibehörde sind ca. ein Drittel weiblich. An den vier intern durchgeführten Grundbeschulungen haben ebenfalls ca. ein Drittel weibliche Beschäftigte teilgenommen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz
Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.